



<https://biz.li/32fr>

HILFEN FÜR FRAUEN IN GEWALT- UND WOHNUNGSNOTFÄLLEN ERWEITERN

Veröffentlicht am 26.11.2018 um 18:05 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Aktuell bieten die drei Frauenhäuser in der Region Hannover mit insgesamt 51 Familienplätzen von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern eine geschützte Unterkunft. Der Bedarf an diesen Plätzen ist gestiegen, parallel dazu hat sich die Dauer des Aufenthalts der Frauen und Kinder im Frauenhaus verlängert - weil häufig geeignete Wohnungen fehlen. Auch für die Unterbringung von Frauen in Wohnungsnotfällen ist der fehlende Wohnraum ein großes Problem. Die Regionsverwaltung hat zwei Konzepte entwickelt, mit denen sowohl die Hilfen für Frauen in Gewaltsituationen als auch für Frauen in Wohnungslosigkeit nachhaltig ausgebaut werden sollen. Hierfür stellt die Region für 2019 über 1,2 Millionen Euro und ab 2020 jährlich mindestens 1,7 Millionen Euro zur Verfügung."Die drei Frauenhäuser in der Region sind deutlich ausgelastet, die jetzige Anzahl der Plätze muss mehr als verdoppelt werden, um den Bedarf von Frauen in Gewaltnotfällen zu decken. Auch für wohnungslose Frauen fehlt es an geeignetem Wohnraum und flächendeckenden Unterstützungsangeboten in der Region. Wir haben gründlich und in Zusammenarbeit mit den beteiligten



"Frauen in Notsituationen brauchen schnelle und flächendeckende Hilfeangebote": Thomas Heidorn, Leiter des Fachbereichs Soziales (von links), Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für soziale Infrastruktur, Regionspräsident Hauke Jagau und Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover, bei der Vorstellung der beiden Konzepte zum Ausbau der Hilfen für Frauen in Gewalt- und Wohnungsnotfällen / S. Wendt

Akteurinnen und Akteure die Situation bewertet und Lösungsansätze erarbeitet", sagte Regionspräsident Hauke Jagau. "Unsere Konzepte machen deutlich, dass es für beide Zielgruppen mehr passgenaue Plätze und Angebote geben muss. Und welche konkreten Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Hilfen für die betroffenen Frauen nachhaltig ausbauen können", so Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. Auch Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover, begrüßt die Erweiterung des Beratungsnetzwerkes: "Alle Frauen in Notsituationen müssen sich sicher sein können, dass es Anlaufstellen gibt, an die sie sich in ihrer Lage wenden können. Schnelle und unkomplizierte Hilfe ist hierbei das Wichtigste - es ist uns ein großes Anliegen, dafür zu sorgen, dass keine Frau vor verschlossenen Türen bleiben muss." Vier große Bausteine umfasst das Konzept zur Weiterentwicklung der Hilfen für gewaltbetroffene Frauen: So soll eine neue Notaufnahmestelle für Frauen und ihre Kinder - das FrauenHaus.24 - etabliert werden, die täglich 24 Stunden erreichbar ist. Außerdem ist geplant, ein weiteres gesichertes Frauenhaus vorzugsweise im Umland einzurichten und damit die Anzahl der Plätze von derzeit 51 Familienplätzen für Frauen und ihre Kinder schrittweise auf 117 Plätze regionsweit zu erhöhen. Zum Hintergrund: Die Istanbul-Konvention, also das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die Anfang des Jahres auch in Deutschland in Kraft getreten ist, empfiehlt mit einem Familienplatz pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner zu planen - für die Region Hannover mit der Einwohnerzahl von rund 1,17 Millionen Menschen ergeben sich damit 117 Familienplätze. Das bedeutet, dass 66 neue Familienplätze geschaffen werden müssen. Weitere Konzept-Bausteine sind die Einrichtung von Übergangswohnformen sowie die gezielte Suche nach passenden Wohnungen für die betroffenen Frauen und ihre Kinder nach Auszug aus dem Frauenhaus. Für diese vier Maßnahmen sind in 2019 über eine Million Euro eingeplant. Ab 2020 stellt die Region Hannover für die weitere Umsetzung der Konzeptionierung 1,4 Millionen Euro in den Haushalt. Für die Umsetzung des Konzepts zur Weiterentwicklung der Hilfen für Frauen in Wohnungsnotfällen sind zunächst 816.000 Euro für die nächsten drei Jahre

veranschlagt. Nach wie vor gibt es keine verlässlichen Angaben über die Anzahl wohnungsloser Frauen in der Region - die Beratungszahlen der Einrichtung "Szenia", einem Tagesaufenthalt und einer Beratungsstelle für Frauen der SeWo e.V., zeigen mit rund 650 Besucherinnen in 2017 beziehungsweise 360 beratenen Frauen, dass der Bedarf hoch ist. Auch das besonders niedrigschwellige Beratungsangebot RE_StaRt erreicht überdurchschnittlich viele von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen, die Unterstützung benötigen. Das Konzept sieht vor, die Beratungsstelle "Szenia" mit einer zusätzlichen halben sozialpädagogischen Stelle zu erweitern. Außerdem sollen Angebote für sozialpädagogisch begleitete Formen des Übergangswohnens geschaffen und ausgebaut werden. Hierzu gehört auch das laufende Projekt "FrauenZimmer" der SeWo, das Frauen in Wohnungsnot vorübergehende Wohnplätze und Betreuung bietet. Ein weiterer Baustein ist auch hier die Akquise und Vermittlung passender Wohnungen. Zudem wird die Region gemeinsam mit dem Jobcenter Region Hannover zusätzliche Maßnahmen für die Integration in Ausbildung und Arbeit entwickeln."Viele der Bausteine können direkt in die Planung zur Umsetzung gehen, wie das FrauenHaus.24 oder der Ausbau von Beratungsleistungen für wohnungslose Frauen", fasst Thomas Heidorn, Leiter des Fachbereichs Soziales Region Hannover, zusammen. "Insgesamt ist der Ausbau der Hilfen aber auch ein Prozess, der sich gemeinsam mit den betroffenen Frauen, den Akteurinnen und Akteuren, der Politik und in enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover weiterentwickelt."Am morgigen Dienstag, 27. November 2018, 12.30 Uhr, tagen der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit und der Ausschuss für Gleichstellung, Frauenförderung und Integration gemeinsam, um über die Konzepte abzustimmen.